

KEINE ANGST VOR PEGIDA

Mit großem Erstaunen ist vor kurzem eine empirische Untersuchung der Technischen Universität Dresden zur Kenntnis genommen worden. Diese besagt, dass der typische Pegida-Demonstrant ein berufstätiger gebildeter sächsischer Mann im besten Alter mit leicht überdurchschnittlichem Einkommen ist. Selbst wenn man feststellt, dass die Studie nicht repräsentativ ist und damit nur eine eingeschränkte Aussagekraft hat, muss man zur Kenntnis nehmen, dass Pegida zwar ein Ausdruck einer rechtspopulistischen Bewegung ist, aber nur teilweise personelle Schnittmengen mit bekannten Rechtsextremen und NPD-Politikern aufweist. Gestartet ist Pegida als eine Kampagne einer schon länger existierenden neurechten Bewegung. Unter dem Markennamen „Pegida“ fanden sich die einschlägigen Themen, Slogans und teilweise auch Protagonisten der islamfeindlichen und neurechten Szene wieder. Mittlerweile finden in vielen Teilen Deutschlands „Gida“-Demonstrationen statt und in Dresden laufen mehr als 20.000 Menschen bei den Demonstrationen von Pegida mit. Die Wirkung dieser Kampagne reicht heute über das klassische neurechte Spektrum weit hinaus. So erweckt Pegida den Eindruck einer Bewegung.



VON MARTIN DULIG
VORSITZENDER DER SPD SACHSEN

22. JANUAR 2015

PEGIDA. EINE POLITISCHE BEWEGUNG?

Aber worum handelt es sich bei Pegida eigentlich? Entwickelt sich gerade eine politische Bewegung, die man ernst nehmen, vor der man gar Angst haben muss? Auf den ersten Blick scheint es sich um eine politische Bewegung zu handeln. Schließlich steckt bereits im Namen von Pegida politisches Vokabular. So bezeichnen sich die Demonstranten selbst als patriotisch, verstehen sich vorgeblich als Europäer und treten gegen die Islamisierung unserer Gesellschaft ein.

Ich habe dennoch große Zweifel, ob die Kennzeichnung von Pegida als politische Bewegung richtig ist. So fehlt es Pegida an einer gemeinsamen Identität, es fehlt an einer Strategie, wie politische Forderungen durchgesetzt werden sollen und es fehlt sogar an rationalen politischen Forderungen selbst.

WORUM ES PEGIDA EIGENTLICH GEHT

Pegida hat mittlerweile Forderungen vorgelegt, die so wirken, als seien sie einem sehr kurzen unstrukturierten Brainstorming mit wenigen Teilnehmern entsprungen. Offensichtlich stellen die Forderungen vor allem einen Spagat zwischen der fremdenfeindlichen Orientierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstrationen und dem Bild, das nach außen vermittelt werden soll, dar. Die Forderungen dienen vor allem dazu, die Tatsache, dass Pegida auch ein Sammelbecken für Rechtsextreme ist, zu kaschieren.

Normalerweise ist eine Demonstration ein Mittel der politischen Kommunikation. Ganz klassisch gibt es zunächst eine ausformulierte politische Forderung. Eine oder mehrere politische Organisationen rufen dann dazu auf, für diese Forderung zu demonstrieren, um öffentliche Aufmerksamkeit dafür zu wecken. Bei Pegida ist es genau umgekehrt: Erst gab es die Demonstration, die es weitgehend der Phantasie der Teilnehmer überlies, worauf genau sie eigentlich öffentlich aufmerksam machen

Spätestens hier stellt sich natürlich die Frage, warum es überhaupt wichtig ist, ob es sich bei Pegida um eine politische Bewegung handelt. Meiner Ansicht nach ist die Definition zentral, um sich klar zu werden, wie unsere repräsentative Demokratie auf Pegida reagieren kann. Wenn Pegida eine politische Bewegung wäre, dann könnte sie – wenn sie die Spielregeln der repräsentativen Demokratie akzeptierte – einfach selbst eine Partei gründen oder versuchen eine vorhandene Partei davon zu überzeugen, ihre Forderungen zu übernehmen und für Mehrheiten zu werben.

Sollte Pegida eine politische Bewegung sein, ohne die Spielregeln der repräsentativen Demokratie zu akzeptieren, dann müsste sie versuchen, die repräsentative Demokratie zu überwinden, was im Übrigen die Einstufung von Pegida als verfassungsfeindliche Organisation und ihr Verbot nach sich zöge. Aber für beide Möglichkeiten gibt es keine Hinweise.

sollte. Erst dann überlegten sich die Organisatoren, was man möglicherweise fordern könnte.

Sieht man einmal von einem kurzen Treffen zwischen Pegida-Führung und AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag ab, ist es bisher zu keinem Versuch gekommen, eine Partei von den Pegida-Forderungen zu überzeugen. Eine eigene Partei will Pegida offenbar auch nicht gründen. Auf der anderen Seite gibt es zwar mannigfaltige Äußerungen, die auf eine Unzufriedenheit der Demonstrierenden mit parlamentarischen Entscheidungen oder der freien Presse schließen lässt, aber keine Forderungen, die grundsätzlich die Überwindung der Demokratie in Deutschland vorsehen.

So gesehen muss man nüchtern konstatieren, dass es sich bei Pegida um einen Demonstrationszug handelt, der sich aus Menschen zusammensetzt, die wohl aus unterschiedlichsten Motiven auf die Straße gehen. Die Pegida-Führung besteht vor allem aus Leuten, die zunächst

eine Kleinstdemonstration angemeldet haben und mit ihr wohl auf Presseberichte zu Kämpfen zwischen ISIS und Kurden im türkisch-syrischen Grenzgebiet sowie auf Sympathisanten von ISIS in Deutschland reagieren wollten.

Die Organisatoren, die zwischenzeitlich die mediale Aufmerksamkeit und den Status als vermeintliche Volkstribunen offenbar genossen haben, machen mittlerweile einen

eher überforderten Eindruck. Getreu dem Motto: „Es reicht nicht, keine Ideen zu haben - man muss auch unfähig sein, sie zum Ausdruck zu bringen“, sind sie weder in der Lage, konkrete politische Forderungen zu formulieren noch sich in die politische Diskussion einzubringen. Mittlerweile drängt sich der Eindruck auf, als suchten sie nach einer Möglichkeit, Pegida ohne Gesichtsverlust zu beenden.

RECHTSPOPULISMUS UND DEMOKRATIEENTFREMUNG

Relativ rasch haben sich der Demonstration Rechtsextreme und Hooligans angeschlossen. Hinzu kamen und kommen Menschen, die diffuse Überfremdungsängste oder Angst vor dem Islam haben. Es scheint – darauf deuten jedenfalls die beiden vorliegenden sozialwissenschaftlichen Studien hin – als wären zu den drei letzten großen Demonstrationen zahlreich auch Menschen erschienen, die sich irgendwie benachteiligt fühlen und den Eindruck haben, als würden ihre Interessen nicht angemessen vertreten werden.

Der diffuse rechtspopulistische Habitus der Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer macht es so schwer, einen Konsens zum Umgang mit ihnen zu finden. Verstärkt wird die Schwierigkeit durch die Mischung an Inhaltslosigkeit und irrationalen Forderungen von Pegida. Selbst diejenigen, die der Auffassung sind, man müsse Pegida den Dialog anbieten, stehen vor dem Problem, dass sie nicht wissen, mit wem sie eigentlich was besprechen wollen.

Streng genommen brauchen wir keine Dialogangebote für Pegida, denn die parlamentarische Demokratie selbst ist das Dialogangebot. Der Königsweg des Dialogs in der parlamentarischen Demokratie ist die Wahl. Das ist zwar extrem banal, muss aber ganz deutlich gesagt werden. Die Auffassung, dass eine geringe Wahlbeteiligung dem Staat, der Landesregierung oder den demokratischen Parteien anzulasten wäre, ist leider ein weit verbreitetes Missverständnis. Nicht umsonst gibt es in Deutschland ein Wahlrecht und das heißt auch, dass jeder, der nicht wählen geht, freiwillig auf ein Recht verzichtet; auf das Recht nämlich, die politischen Geschicke in diesem Land an entscheidender Stelle mitzubestimmen.

Darüber hinaus gibt es in der parlamentarischen Demokratie weitere Angebote und Rechte, mitzumachen. So kann jeder Mitglied einer politischen Partei werden oder sogar selbst mit Gleichgesinnten eine eigene Partei gründen. Genügend Unterstützerinnen und Unterstützer vorausgesetzt, kann sich auch jeder für einen Sitz im Kommunal-, Landes-, Bundes- oder Europaparlament zur Wahl stellen. Wer so weit nicht gehen will, findet mannigfaltige Möglichkeiten, mit „der Politik“ in Kontakt zu treten. Von Veranstaltungen der Parteien, über Bürgersprechstunden von Abgeordneten und dem Petitionsrecht gibt es auch unzählige sehr niedrigschwellige Möglichkeiten über neue Medien mit Politikerinnen und Politikern in Kontakt zu treten. Sich auf die Straße zu stellen und zu behaupten, man sei das Volk und werde von der Politik nicht gehört, ist also nicht nur unverfroren, sondern auch sachlich falsch.

Grundsätzlich ist es aber natürlich nicht nur möglich, die parlamentarische Demokratie weiterzuentwickeln, sondern angesichts des sozialen Wandels ist es meiner Auffassung nach auch nötig. Viele Parteien und Organisationen – so auch die SPD – fordern seit Jahren, die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger zu erweitern. Volksentscheide auf unterschiedlichen Ebenen, die Nutzung moderner Kommunikationstechnologien für die Bürgerbeteiligung, moderne und bürgerfreundliche Verwaltung und frühzeitige Beteiligung von Betroffenen sind nur einige Beispiele für neue oder erweiterte Verfahren. Mindestens ebenso wichtig ist es, das demokratische Engagement – egal in welchem Format – zu fördern. Gerade in Sachsen gibt es bei der Ermutigung sich zu beteiligen, aber auch bei der Wertschätzung für politisches Engagement auf vielen Ebenen Nachholbedarf.

WARUM HIER? SACHSENS STATISCHE DEMOKRATIE

Pegida ist auch ein Produkt des besonderen politischen Klimas der Nachwendezeit in Sachsen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer reichen von Hooligans und bekannten NPD-Kadern über Menschen mit islamophoben oder fremdenfeindlichen Einstellungen bis hin zu Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die mit der zunehmenden Komplexität unserer Gesellschaft überfordert sind. Viele Menschen, die bei Pegida mitlaufen, misstrauen Parteien, demokratischen Verfahren, „der Politik“ oder „denen da oben“. Pegida ist eine Möglichkeit Frust abzulassen, der oft gar nicht unmittelbar mit Fremdenfeindlichkeit oder Islamophobie zu tun hat. Ich kenne Beispiele dafür: Den Handwerker, der bei Pegida mitmarschiert, weil Rechnungen nicht bezahlt werden, einen Zusammenschluss von Hauseigentümern, die ein Gerichtsverfahren verloren haben oder Anwohner eines geplanten Asylbewerberheimes, mit denen im Vorfeld angeblich oder tatsächlich nicht gesprochen wurde. Allen gemeinsam ist, dass sie das Gefühl haben, Teil der schweigenden Mehrheit in Sachsen zu sein, der Pegida eine Plattform bietet, sich Gehör zu verschaffen.

So unterschiedlich die Motivationsgruppen bei Pegida sind, so differenziert muss man auch die Frage beantworten, ob es sinnvoll ist, mit Pegida zu sprechen. Mit erklärten Feinden der Demokratie oder mit den Organisatoren von Pegida zu sprechen, macht keinen Sinn. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Demonstration den Dialog anzubieten, die keine grundsätzlich verfassungsfeindliche Haltung haben, kann hingegen fruchtbar für beide Seiten sein. Wenn man sich dafür entscheidet, speziell für Pegida-Demonstranten neue und zusätzliche Dialogformate zu etablieren, muss allerdings auch ganz klar sein, dass dabei die Kernelemente der parlamentarischen Demokratie nicht verhandelbar sind. Dazu gehört,

DEMOKRATIE ERLEBBAR MACHEN

Es gibt einiges, was man aus der Auseinandersetzung mit Pegida – gerade wenn man in ein politisches Amt gewählt worden ist – lernen kann und lernen sollte. Vor allem muss es darum gehen, dass wir mehr Enthusiasmus für die parlamentarische Demokratie aufbringen und uns

dass demokratisch gewählte Mehrheiten entscheiden. Dazu gehört das Asylrecht. Und dazu gehört auch, dass weder der Staat noch gar Pegida den Menschen in diesem Land vorschreiben wird, welcher Religion sie anzugehören haben, welche Kultur sie leben sollen oder welche Sprache sie sprechen müssen.

Klar ist für mich, dass es nicht darum gehen kann, möglichst viel Verständnis für Pegida-Demonstranten zu zeigen oder rechtspopulistischen Forderungen entgegen zu kommen, damit die Demonstrationen aufhören. Das Ziel muss vielmehr darin bestehen, möglichst viele Menschen für die Demokratie und für demokratische Prozesse zu gewinnen.

Die eigentliche Ursache dafür, dass so viele Menschen aus Dresden und aus Sachsen sich an den Pegida-Demonstrationen beteiligen, ist die häufig vorkommende Verwechslung von Heimatverbundenheit mit Wagenburgmentalität, mangelnde politische Bildung und Bindung sowie vor allem eine mangelnde Identifikation mit der parlamentarischen Demokratie als Staatsform. Dazu haben sicherlich auch die sächsische Politik und die Medien beigetragen, die wenig Enthusiasmus für eine gelebte und lebendige Demokratie wecken konnten und vielleicht auch nicht wecken wollten. Zu viele Menschen in Sachsen empfinden die parlamentarische Demokratie seitdem bestenfalls als schmückendes Beiwerk zu Reisefreiheit und Konsummöglichkeiten und schlechtestenfalls als teuer und überflüssig. Viele von denen, die bei Pegida marschieren, sind nicht nur nicht in der parlamentarischen Demokratie angekommen, sondern sie haben sich auch nie auf den Weg gemacht.

nach demokratischen Entscheidungen nicht wegducken. In den letzten Jahren haben Formen demokratischer Auseinandersetzung immer mehr negative Konnotationen bekommen. Debatten werden als Streit wahrgenommen. Politiker gelten als macht- und geldgierig und Parteien

sind sowieso suspekt. Hier wird auch mangelnde politische Bildung deutlich. Zu oft wird Wissen über formale Aufgaben demokratischer Institutionen vermittelt, aber weder werden Empathie und Leidenschaft fürs Mitmachen entfacht noch Kompetenzen, wie Konflikt- und Diskussionsfähigkeit, entwickelt.

Wir müssen nicht nur in der politischen Bildung fürs Mitmachen werben, anstatt fürs Wegbleiben und auf Andere vertrauen. Die parlamentarische Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger von unterschiedlichen politischen Auffassungen, unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten und unterschiedlichen Interessen. Die parlamentarische Demokratie ist die Staatsform der pluralistischen Gesellschaft. Sie vermittelt zwischen Gegensätzen. Demokratie ist aber auch auf allen Ebenen eine Gestaltungsaufgabe. Es reicht nicht, das Land nur zu verwalten und für abstrakte Zahlen, für gute PISA-Ergebnisse, für gute Ergebnisse in Standortrankings oder geringe Pro-Kopf-Verschuldung zu arbeiten. Demokratische Politik heißt gemeinsam im Wettstreit der Ideen und Interessen das Gemeinwesen zu gestalten und dafür um Mehrheiten zu ringen.

Darüber hinaus geht es aber auch darum, Weltoffenheit, Solidarität und Mitmenschlichkeit erlebbar und fühlbar zu machen. Gerade wir in Sachsen haben in den letzten 25 Jahren bei der Überwindung der wirtschaftlichen Folgen der DDR, zur Behebung der Flutschäden oder beim Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden deutschlandweit,

und international Zuspruch und Solidarität erfahren. Wir haben es bis heute nicht geschafft, eine kollektive Haltung zu entwickeln, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist. Zu selten ist die Haltung anzutreffen, dass die Aufnahme von Flüchtlingen auch etwas mit politischer Verantwortung und mit Solidarität zu tun hat.

Dennoch sollten wir die Bedeutung von Pegida nicht überschätzen, denn Pegida ist nicht die Mehrheit, sondern die klare Minderheit in unserer Gesellschaft – das gilt im Übrigen natürlich auch für Sachsen und Dresden. Angst darf und muss uns Pegida schon gar nicht machen. Wir müssen uns allerdings klar positionieren und als Demokraten Haltung und Verantwortung zeigen. In den letzten Wochen haben engagierte Demokratinnen und Demokraten in der Sächsischen Staatsregierung, in der Verwaltung, in Parteien, Organisationen und Initiativen Haltung gezeigt, Kundgebungen gegen Pegida organisiert und besucht, Dialogangebote entwickelt und Position bezogen. Diese Menschen haben keine Angst vor Pegida gezeigt. Wir sind uns aber bewusst, dass viele Flüchtlinge, die zu uns kommen, vor Pegida Angst haben und sich bedroht fühlen. Unsere gemeinsame Verantwortung besteht darin, dafür zu sorgen, dass Flüchtlinge hier Schutz finden und in Sicherheit leben können. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die sich um sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit bemüht, die versöhnt und nicht spaltet und in der die Angst vor dem und den Fremden der Neugier weicht.



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND SACHSEN

KÖNNERITZSTRASSE 3 | 01067 DRESDEN
V.I.S.D.P: JENS WITTIG



WWW.SPD-SACHSEN.DE



FACEBOOK.COM/SPDSACHSEN



TWITTER.COM/SPDSACHSEN